Leipziger Tageblatt
und
Handels-Zeitung
Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Morgen-Ausgabe

Bezugspreis: [illegible]

Hauptschriftleiter: Dr. Erich Everth, Leipzig.

114. Jahrgang

Anzeigenpreis: [illegible]

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8.
Verlag Dr. Reinhold & Co., Leipzig.

Nr. 288 — Mittwoch, den 26. Mai — **1920**

Die neue Rechtsputschgefahr

Verdächtige Truppensendungen aus Bayern nach Pommern.

Berlin, 25. Mai. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Von rechtsstehender Seite werden, wie nicht anders zu erwarten war, die Besorgnisse wegen der Putschpläne von rechts als völlig unbegründet bezeichnet, und der „Lokal-Anzeiger" leistet sich sogar die unglaubliche Behauptung, daß die zuständigen Stellen selber die Berechtigung dieser Besorgnisse anzweifeln. Das ist, wie wir versichern können, ganz und gar nicht der Fall. Im Gegenteil steht die Regierung, wie schon aus der letzten Erklärung des Ministers des Innern Koch hervorgeht, die Lage durchaus so ernst, wie sie genommen werden muß, und gerade diese Besorgnis ist ja einer der Hauptgründe, die das Kabinett zur Ablehnung der von beiden sozialdemokratischen Parteien in der Nationalversammlung zur Annahme gebrachten Anträge auf Aufhebung des Ausnahmezustandes veranlaßte. Uns liegt ein Bericht aus Stettin vor, der von der zuständigen Provinzialbehörde ausgeht, und in dem es u. a. heißt: „Die Vorbereitungen für einen reaktionären Putsch nehmen nachgerade unerhörte Formen an. Hier kamen 25 Mann schwerbewaffnet mit Maschinengewehren an, die nicht mehr Soldaten waren, zum Garnisonkommando aber, ohne daß eine Mitteilung an den Polizeipräsidenten erfolgte, durchgelassen wurden. Erst bei Ankunft eines zweiten Trupps, der wiederum schwer bewaffnet war, erhielt der Polizeipräsident Kunde von dem ersten Transport. Am Sonntag wurden dann nochmals Trupps von 32 und 28 Mann festgenommen. Die Leute waren versehen mit Ausweisen eines oberbayrischen Freikorps und gehörten zur Abteilung Epp. Zum Teil besaßen sie Ausweise vom 28. April über ihre Entlassung, zum Teil weigerten sie sich, irgendwelche Auskunft zu erteilen. Es wurde dann herausgebracht, daß sie von Stettin aus als Arbeitsgemeinschaften auf die Güter verteilt werden sollten. Es gelang, den Offizier, der sie führte, festzunehmen und aufs Polizeipräsidium zu bringen. Er erklärte, weiter nichts getan zu haben, als für die Unterkunft der Leute, die vom Heer entlassen worden seien, zu sorgen. Man verwies ihn auf die verschiedenen Widersprüche. In den Aussagen seiner Leute und auf deren schwere Bewaffnung, die für die Unterbringung der Leute auf dem Lande doch wohl nicht notwendig sei. Ueber die Namen der Leute und ihre Unterbringung verweigerte der Offizier weitere Auskunft. Von den Mannschaften wurde erklärt, daß sie nicht die einzigen bayrischen Truppen seien, die nach Ostpreußen und Pommern unterwegs seien, sondern daß solche in einer Gesamtstärke von 7000 Mann dorthin gebracht werden sollten.

Der Reichswehrminister über die Siebung der Marine-Offiziere

Wilhelmshaven, 25. Mai. (Drahtbericht.) Der Reichswehrminister hat an die Offiziere und die Abordnungen der Marinetruppenteile in Wilhelmshaven eine Ansprache gehalten, in der er unter Hinweis auf die März-Ereignisse u. a. sagte, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, in dem der Untersuchungsausschuß auf Grund einstimmig gefaßter Beschlüsse sowohl für Wilhelmshaven als auch für Kiel eine große Anzahl von Offizieren vorgeschlagen hat, die vollständig unbelastet aus dem Verfahren hervorgegangen sind. „Für diese kann ich deshalb die Bürgschaft übernehmen, daß sie als Männer von Charakter den verfassungsmäßigen Organen des Reiches bedingungslos zur Verfügung stehen. Für sie muß ich aber ebenso fordern, daß ihren Dienstbefehlen voll und ganz Gehorsam geleistet wird. Dafür wird sich die Regierung mit ihrer ganzen Autorität einsetzen."

⊙ **Oberst Bauer in Budapest?** Wie uns unsere Berliner Schriftleitung mitteilt, befindet sich nach an amtlicher Stelle eingegangenen Nachrichten Oberst Bauer in Budapest, wo er im Sinne seiner Idee Propaganda macht.

Londoner Brief

Reform im englischen Ehegesetz. — Wird in Spa umgestiegen? Wer spielt den lachenden Dritten im polnisch-russischen Krieg?

(Von unserem Londoner Mitarbeiter.)

London, 10. Mai.

Für den Augenblick darf die Kirchenpartei einen Erfolg in dem Kampf um die Ehegesetze feiern, da die Reformbill im Oberhaus mit nur einer Stimme mehr angenommen wurde. Es ist bekannt, wie leicht man sich in England verheiraten kann. In der Vorkriegszeit haben verschiedene „Agenten" unsaubere Verdienste aus den englischen Ehegesetzen ziehen können, indem sie die hiesigen standesamtlichen Forderungen für Hunderte von ausländischen Pärchen erfüllten. Das heißt, sie gaben die Namen usw. der Eheschließenden auf dem Standesamt 15 Tage vor dem Hochzeitstage an und bezahlten die nötigen Gebühren von etwa 36 Schillingen. Dem Gesetz nach muß entweder die Braut oder der Bräutigam 15 Tage in dem betreffenden Bezirk gewohnt haben, sonst kann man die Ehe nicht schließen. Meistens haben die heiratslustigen Ausländer die Ehe schon am Ankunftstage mit Hilfe des Agenten als Dolmetschers glücklich zustande gebracht. Trotzdem mußten sie einen Meineid hinsichtlich der 15 Tage Wohnzeit begangen haben, obwohl wahrscheinlich viele von dem begangenen Meineid keine Ahnung hatten. Wenn man will und zahlen kann, gibt der Erzbischof von Canterbury eine besondere Ehelizenz, wonach man sich nach drei Tagen verheiraten kann. Die Lizenz kostet aber allerdings 500 Schillinge, eine Summe, die der Agent ruhig einsteckt, während er seinen ausländischen Kunden vorspiegelt, daß er die bischöfliche Erlaubnis eingeholt hätte. Trotz des Meineids aber gilt die Ehe! Nur Ehebruch seitens der Frau und Ehebruch zusammen mit schlechter Behandlung (cruelty) oder Desertion des Mannes kann zur Auflösung einer Ehe durch den Gerichtshof führen. Nebenbei bemerkt sind die Ehescheidungsprozesse in England wahnsinnig teuer, und auch der gesellschaftliche gute Ruf wird durch sie sehr leicht zugrunde gerichtet, denn solche Prozesse finden nicht unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Nun versucht man im Parlament die Auflösung der Ehe, wenn sie dem einen oder den beiden Ehegatten unerträglich geworden ist, leichter zu gestalten.

Die Ehescheidungsreformpartei macht geltend, die jetzige Gesetzgebung habe nur das physische Verhältnis der Ehegatten im Auge und lasse die geistigen und seelischen Beziehungen gänzlich unberücksichtigt. Deshalb wird in der neuen Gesetzesvorlage vorgeschlagen, Grausamkeit, Alkoholismus, unheilbare Geisteskrankheit sowie Verurteilung zu Gefängnis auf Lebenszeit sollen ebenfalls als Ehescheidungsgründe gelten dürfen. Weiter soll die Frau die gleichen Rechte wie der Mann haben. Wegen Ehebruchs kann der Mann seine Gattin verstoßen und eine neue Ehe eingehen; kann aber die Gattin den Ehemann desselben Vergehens überführen, so erreicht sie höchstens eine „Separation", wobei kein Teil eine neue Ehe schließen darf. Man möchte Englands überlieferten Grundsatz, die Schließung der Ehe möglichst leicht und die Auflösung derselben aber möglichst schwer zu machen, dem Zeitgeiste entsprechend etwas abändern. Gegen jede Erleichterung sprach Englands einzige Abgeordnetin, Lady Astor, mit hinreißender Beredsamkeit. Jetzt aber kommt das berüchtigte Wochenblatt „John Bull" mit der Enthüllung, daß die Lady selbst die leichten amerikanischen Ehegesetze benutzt habe, um ihren ersten Gatten loszuwerden.

Zwischen den Lloyd-George-Liberalen und den Asquithianern ist der endgültige Bruch vollendet, woraus der „Observer" den Schluß zieht, daß die letztgenannten „zum Schwanz des sozialistischen Hundes" werden müßten, wenn sie sich überhaupt lebensfähig erweisen. Asquith hätte die große Gelegenheit seines Lebens verpaßt, und anstatt die Führung in der englischen Politik an sich zu reißen, muß er jetzt bloßer Zuschauer sein, wie Lloyd George eine neue Aera in der auswärtigen Politik durch die Konferenz von Spa eröffnen möchte. Jedenfalls schreibt man es dem Premierminister zu, daß Deutschland an der betreffenden Konferenz teilnehmen darf. Von der Begegnung dürfte man vorerst nicht allzuviel erwarten; ihre Bedeutung besteht vielmehr darin, daß sie trotz des hartnäckigen französischen Widerstandes stattfinden wird, und daß sie die europäische Politik in ein neues Fahrwasser führt. Hier glaubt man, daß die Diskussionen von Spa zur Vertreibung der Wolken der Kriegspsychose viel beitragen werden, und das Weitere muß man dem Geschick der deutschen Vertretung überlassen. Uebrigens darf nicht außer acht gelassen werden, daß England, nachdem es wenig Erfolg mit seiner Amerika-Politik hat, geneigt zu sein scheint, eigene Bahnen auch im Gegensatz zu Frankreich zu betreten, sich auf anderen Fuß mit den übrigen europäischen Mächten stellen müsse.

Die polnische Offensive gegen Rußland wirkte nur teilweise als Ueberraschung, denn man munkelte schon lange, daß die angebliche Annäherung in Handelssachen bloß eine Kriegslist wäre, damit man der Sowjetregierung rücklings den Todesstoß versetzen könnte. Obwohl die rechtsstehende Presse den polnischen Erfolg mit Wärme begrüßt hat, war man — wahrscheinlich wegen der Fehlrechnungen mit Denekin und Koltschak — äußerst zurückhaltend bei der Abschätzung der endgültigen Früchte des polnischen Kriegs. Man bekommt sogar den Eindruck, daß England keine großen Hoffnungen darauf gesetzt hat. Trotz der Botschaft König Georgs, die, wie es scheint, nur ein diplomatischer Schachzug war, um die Polen anzueifern, denn in Wirklichkeit würde es England, obwohl es keine Liebe zum Bolschewismus hegt, durchaus nicht gern sehen, wenn die Ansprüche Polens und der Ukraine, mit Frankreich im Hintergrund, in Erfüllung gingen. Vielmehr ist anzunehmen, daß England sich über eine polnische Niederlage, die gleichzeitig den französischen Einfluß in Polen schädigen müßte, nur freuen würde.

Die polnische Niederlage an der Beresina

Helsingfors, 25. Mai. (Drahtbericht.) Der T.-U. wird gemeldet: Die Bolschewisten haben zwischen Polezk und Lepel die polnische Front in einer Breite von 85 Kilometern durchbrochen. Der Rückzug der Polen nimmt einen panikartigen Charakter an. In der Richtung auf Borissow überschritten die Bolschewisten die Beresina in einer Breite von 3[illegible] Kilometern.

Der polnische Generalstab teilt mit: Im Abschnitt nördlich der Beresina dauern die Kämpfe an. Im Beresina-Abschnitt versuchten bedeutende feindliche Streitkräfte den Fluß zu überschreiten, wurden jedoch zurückgeschlagen. Die Gegenstöße feindlicher Kräfte auf der ganzen Front von Kiew dauern an. Südlich der Düna haben sich unsere Truppen nach langem Kampfe unter dem Druck feindlicher Kräfte auf die neue Verteidigungslinie zurückgezogen.

Kiew von den Sowjettruppen zurückerobert

Berlin, 25. Mai. (Drahtbericht.) Der „Deutsch. Allg. Ztg." wird gemeldet, daß der polnische Frontbericht vom 22. Mai die Rückeroberung von Kiew durch die Sowjettruppen bestätigt, und gleichzeitig meldet, daß diese ihre Angriffe mit größter Heftigkeit fortsetzen.

Italien ersucht um weiteren Aufschub der Konferenz in Spa?

Rom, 25. Mai. (Drahtbericht.) Der morgige erste Ministerrat des neuen Kabinetts wird sich auch mit außerpolitischen Fragen beschäftigen und insbesondere über die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit den Jugoslaven zu entscheiden haben. Wie verlautet, ist es nicht ausgeschlossen, daß die italienische Regierung sich gezwungen sehen wird, von den Verbündeten einen neuen Aufschub der Konferenz in Spa zu fordern. Die Kammer wird voraussichtlich am 6. Juni eröffnet werden. Wenn Nitti am 21. in Spa sein sollte, müßte er gegen den 16. die Sitzungen der Kammer bereits wieder unterbrechen, was sich angesichts des über allzu häufige Vertagungen gereizten Parlaments nicht empfehlen könnte. Sollte der Ministerrat diese Gründe billigen, so wird Italien in einer offiziellen Note um Aufschub ersuchen, da die Regierung den größten Wert darauf legt, den Ministerrat in Person an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen.

⊙ **Das Befinden Deschanels** ist gut. Er wird im Laufe der Woche sich nach Rambouillet begeben, um sich dort zu erholen, und auch der nächste Ministerrat wird dort stattfinden.

Die Separationsbestrebungen

Von
Reichswehrminister Dr. Geßler.

Drei Separationsherde sind zu verzeichnen: Bayern, Rheinland, Schlesien. Gemeinsam ist ihnen sicher der Wille, bei Deutschland zu bleiben, aber in verschiedenen Abstufungen auch die Tendenz, der wachsenden Zentralisierung des Reichs durch Berlin auszubiegen. Bayern war schon im kaiserlichen Deutschland der Bundesstaat, der am wenigsten in der Reichseinheit aufgegangen war. Nicht ohne Schuld gewisser Richtlinien der Wirtschaftspolitik der früheren Reichsregierung, deren Fehler die Republik nicht wiederholen sollte. Denn wodurch war es gelungen, den deutschen Westen und Norden viel inniger mit der Reichsseele zu verschmelzen? Durch Industrialisierung und Handelsbeziehungen, die sehr weitwirkende Bindemittel sind. Vielleicht hätte das Reich etwas mehr für Bayerns Industrialisierung tun, hätte durch seine Verkehrstarifpolitik den deutschen Süden weniger benachteiligen sollen, um den vorwiegend agrarischen Charakter der bayrischen Bevölkerung, mit dem seine psychologische Eigenart noch auf Jahrzehnte hinaus festgelegt ist, etwas zu mildern. Wie die Zentralisierung der Kriegswirtschaft in Berlin und in neuerer Zeit die drohende Radikalisierung der Berliner Politik, die berlinfeindliche Stimmung Bayerns gefördert haben, ist hinlänglich bekannt. Wenn eine Radikalisierung der Reichsgewalten zu befürchten ist, möchte man nicht wieder mit revolutionären Errungenschaften beglückt werden, die man schon einmal am eigenen Leibe erlebt hat; und die bayrischen Separatisten mögen den Traum haben, Bayern durch vorherige Verwaltungstrennung vom Reiche für die Dauer der schlimmsten Zeiten sozusagen einzukapseln, bis ringsherum die Flammen ausgebrannt sind, worauf dann am bayrischen Wesen Deutschland noch einmal genesen könnte.

In jüngster Zeit sind von den bayrischen Separatisten Fäden zu den rheinischen Separatisten gesponnen worden, wie die bekannten Kölner Besprechungen dargetan haben. Die Freunde des bayrischen Lostrennungsgedankens wissen, daß der deutsche Süden nicht leben kann ohne die Ruhrkohle, ohne die sein Verkehr wie seine Industrie nicht einen Tag existieren kann. Umgekehrt kann das Reich im Besitz der Ruhrkohle die süddeutschen Separatisten (die auch in Württemberg ihren Anhang haben, der nur viel klüger, daher schweigsamer ist, aber gern von den Kastanien nascht, die die Bayern aus dem Feuer holen) jederzeit in Schach halten. Daraus erhellt, wie wichtig es ist, daß das Ruhrgebiet nie vom Feinde besetzt wird. Was wieder bedingt, daß wir selber über die Mittel verfügen müssen, die Ordnung im Ruhrgebiet aufrechtzuerhalten, um gewissen ausländischen Politikern keinen Vorwand zu liefern, mit dem sie ihrerseits als Ordnungsstifter ins Ruhrgebiet einmarschieren können. So ist die Verknüpfung unserer innen- und außenpolitischen Fragen!

Die Schwierigkeit, die das Reich hat, um seine losstrebenden Glieder festzuhalten, wiederholen sich bei dem Problem: Preußen und seine Provinzen. Aus Kurbrandenburg hat sich das große Preußen ja nicht aus ökonomischen Voraussetzungen, sondern nur durch die Hausmacht der Hohenzollern entwickelt. Jetzt ist die dynastische Klammer weggefallen, und die Provinzen fragen sich, warum sie sich ihr eigenes Leben von dem in vielen Dingen wesensfremden Berlin diktieren lassen sollen. Das gilt augenblicklich besonders in Schlesien.

Gefährlich werden alle Separationsbestrebungen erst, wenn sie von jenem Teil der Gegner Deutschlands, der noch immer unsere Balkanisierung wünscht, in seine Zwecke eingespannt werden. Wenn unsere Lostrennungspolitiker das begünstigen, ist es Hochverrat. Anderseits werde ich es für das Reich nützlich halten, wenn es begreiflichen Mißstimmungen, aus denen die Parole „Los von Berlin!" erwuchs, den Boden abzugraben sucht. Die Reichseinheit kann nicht theoretisch von Papierparagraphen her erzwungen werden. Kulturell, innerpolitisch und wirtschaftlich wird in tausend Dingen die Dezentralisation, die Selbstverwaltung der Länder auch im Interesse des ganzen Reichskörpers fruchtbarer sein als die Diktatur einer Berliner Bureaukratie. Namentlich für die Kulturausgaben möchte ich befürworten, daß zum Beispiel das Reich seine Unterstützungen für die einzelnen wissenschaftlichen und künstlerischen Unternehmungen in den Ländern nicht einzelnen Anstalten direkt, sondern zunächst pauschaliter an das Land oder die Provinz gibt, die dann von sich aus die Verteilung an die Einzelanstalten regeln. Dann muß auch der Süden durch Handel und Industrie inniger mit dem übrigen Reiche verknüpft werden, namentlich mit dem Osten. Der deutsche Osten darf kein Gebiet bleiben, das mit dem Süden nur durch das Fluidum der Berliner Paragraphentinte verknüpft ist, es müssen direkte organische Beziehungen geschaffen werden. Umgekehrt verspreche ich mir viel davon, wenn man meine süddeutschen Landsleute darauf hinweist, daß ein starker, lebenskräftiger Osten, den sie stützen helfen müssen, auch sie vor der slawischen Flut schützt, für die sonst in fünfzig und hundert Jahren auch sie nicht unerreichbar sind!

Es kommt die Reisezeit. Da möchte ich alle Nichtbayern bitten, München und Garmisch-Partenkirchen so wenig für Bayern und Süddeutschland zu halten wie Berlin Preußen und den Norden repräsentiert. Geht mit dem Rucksack und dem Bergstock auch einmal nach Franken und ins bayrische Schwaben, nicht um zu belehren, sondern nur als stille Zuhörer. Dann wird sich leichter begreifen, wie kompli-